

# Neuer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Kösteben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigenkosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammet 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 14

Donnerstag, den 2. Februar 1928

41. Jahrgang

## Das Handwerk lebt!

Volkswirtschaftliche Theorien haben vor allem das eine an sich, höchstens ein Nördliches Wahrheit zu enthalten, meist aber durch die Praxis widerlegt zu werden. Lange hat es als eine „unmenschliche“ Wahrheit gegolten, daß die Großbetriebe in der Güterherzeugung und Güterverteilung die kleinen Betriebe unendlich, aber unauflöslich „aufreissen“ würden. Das hat sich aber längst als ein großer Irrtum herausgestellt. Nicht bloß der kleinere und mittlere Kaufmann, dem auch jetzt noch ein außerordentlich großer Teil der Güterverteilung obliegt, hat sich als lebensfähig und lebenswichtig erwiesen, sondern das gilt auch heute von den Kleinbetrieben in der Güterherzeugung, dem Handwerk. Innerhalb des Reiches ist der Einfluß der großen Taktung des Einzelhandels in Berlin, weil er der Wahrung des Reichswirtschaftsministers Folge leistet, die Verbesserung der Vermögensverhältnisse nicht zu einer allgemeinen, ihn selbst schädigenden Preissteigerung auszuwirken. Sogar für noch die letzte Kündigungsfrist des Mitteldeutschen Handwerkerbundes in Magdeburg in Form eines „Abends des Handwerks“. Diese Form soll aber nicht eine läbliche Nebenbedeutung haben, ein Versteckspiel, ein Absterben darstellen, sondern lebend. Überflüssig waren die Versammlungen und auch dort sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Die Reichsregierung hat in ihrem Artikel 164 ausdrücklich vorgeschrieben, daß der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel durch Geförderung und Verwaltung zu fördern, gegen Überlastung und Missanfang zu schützen sei. Weshalb aber ist diese Vorschrift der Reichsregierung auf dem Papier stehen geblieben. Minister Dr. Curtius erklärte in seinen Ausführungen an, daß die Anlagen über die allzu drückenden Steuerlasten und die hohen Soziallasten gerade im Handwerk überaus berechtigt sind, — aber diese zugleich nicht soll doch nur der erste Schritt zu einem Besseren sein. Das Steuervereinfachungsgebot, dessen Entwurf dem Reichstag vorgelegt, ist in vor allem der maßlosen Erhöhung der Steuern im Einklang mit dem Normalsteuergesetz zu geschehen werden, dessen Überdeutlichkeit an zunehmende Garantien für die Nachprüfung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Gemeindegaben gemindert werden. Man darf nur hoffen, daß diese Reformarbeit baldmöglichst durchgeführt wird.

Der Minister sprach von Sparmaßnahmen und Verwaltungsreform, — auch hier ein Anfang, Pläne, noch nicht entscheidende Arbeit! Er sprach von einer bevorstehenden Zulassung für Rohstoffe und Halbfabrikate, was für das Handwerk zweifellos von Bedeutung wäre. Bekanntlich steht Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf dem Standpunkt, Deutschland, als ein Land, dessen wirtschaftliche Stärke in der Verarbeitung von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu Fertigprodukten gesehen ist und bleiben muß, habe größtes Interesse daran, den Bezug der ausländischen Rohstoffe nicht durch Zölle zu verzerren. Aber auf der anderen Seite steht wieder die Notwendigkeit des Schutzes der heimischen Produktion, sind daher die grundsätzlichen Kämpfe um den Zolltarif keineswegs leicht zu nehmen.

Dr. Curtius vermahnt in der sozialpolitischen Beziehung auch des Handwerks irgendeine Erleichterung nicht zu verschreiben, wohl aber eine Einschränkung der ausgedehnten privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand, nicht zuletzt bei den Gefängnissen, und bei anderen das mittelständliche Gewerbe bedrohenden Einrichtungen anzudeuten. Das ist Hilfe von außen her, Hilfe, die das Handwerk als bedeutendster volkswirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Faktor verlangen kann. Das wird ergänzt durch eine Stärkung von innen her. Der Minister erinnert an das Berufsausbildungsgebot, das den Nachwuchs im Handwerk regeln wird, und er verweist auf die Handwerksnovelle, die endlich klare Richtlinien für das handwerkliche Organisationswesen schaffen soll. Immer noch besteht die Gewerbeordnung von 1869 zu Recht, die unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen geschaffen worden war. Diese moderne Handwerksformel nun, so schließt der Minister, müge dazu dienen, das Handwerk wieder zu stärken und zu befestigen, damit es in der deutschen Volkswirtschaft vollberechtigt die Stelle einnimmt, die es nach seinem Anteil am Produktionsprozeß und nach der Zahl der Arbeitsgenossen, die in ihm ihre Existenz finden, verdient und die es nach der ihm imwohnenden Lebenskraft einzunehmen auch in der Lage ist.

Verpflichtungen, Aufgaben, Verheißungen — das Handwerk darf verlangen, daß daraus auch Taten werden, baldige Taten.

## Geldmittel für Bahnarbeiten.

Zunächst 100 Millionen.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bedarf, wie sie mitteilt, zur Deckung ihrer Kapitalausgaben größere Geldmittel. Zu zuerst eine Auslandsanleihe für sie nicht in Frage kommt das Interesse der Bahn sowohl wie der Wirtschaft eine Veräußerung oder gar weitere Verminderung der geplanten Arbeiten oder nicht verträglich wird eine unter der Führung der Reichsbahn stehende Bankengruppe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die zur Durchführung des Beschaffungsprogramms erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Die Bankengruppe übernimmt zunächst fast 100 Millionen Anteilscheine der Reichsbahn über Vorgussatzien Serie 5 der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ohne Rückzinsverbindlichkeiten für 1927 im übrigen genau wie die Anteilscheine über Vorgussatzien der Serie 4 auszusparen, und legt diese baldmöglichst zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 93 1/2 Prozent auf. Gleichzeitig haben sich die Banken verpflichtet, innerhalb der nächsten Monate nach ihrer Zahl entweder weitere 100 Millionen Anteile über Vorgussatzien oder 100 Millionen lebensprozentige Schatzscheine der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit dreijähriger Laufzeit fest zu übernehmen.

## Garantie des Reiches.

Wie bei der im Jahre 1926 erfolgten Ausgabe von Anteilscheinen der Reichsbahn ist die neue Ausgabe von Anteilscheinen der Reichsbahn eine Garantie des Reiches für eine lebensprozentige Vorgussatzdividende vorgesehen. Darüber hinaus erhalten bestmögliche die Inhaber der Vorgussatzien noch eine Zusatzdividende, wenn auf die Stammscheine eine Dividende verteilt wird. Im Falle der Ausgabe von lebensprozentigen Schatzscheinen ist deren Umtausch in Anteile vorgesehen. Ein weiterer Betrag von 25 Millionen Anteilscheinen, der vorläufig gesperrt ist, wird zur anderweitigen Verfügung der Reichsbahn von dieser zurückgehalten.

## Gesundheitsstand des deutschen Volkes.

Denkschrift der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1926 zugehen lassen. Die Denkschrift stellt zusammenfassend fest, daß sich gegenwärtig, gemessen nicht nur an den Vorfahren, sondern auch an der Vorkriegszeit, ein im allgemeinen befriedigender Gesundheitszustand des deutschen Volkes ergab. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung kann wieder als im allgemeinen befriedigend bezeichnet werden. Die Denkschrift gibt dann auch einen vorläufigen Überblick für das Jahr 1927, wo der gleiche allgemeine günstige Gesamteindruck festgehalten werden könne. Allerdings sei der Gesundheitszustand erneut fortgeschritten.

## Die landwirtschaftlichen Kredite.

Nützlich für Erzeuger und Verbraucher. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Haushaltsauswahlsatz des Reichstages erklärt, daß das Kabinett bereit wäre, 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen zum Zwecke der Regulierung des Inlandsmarktes für Getreide und Fleisch. Weitere Mitteilungen sollen bei der Behandlung der Angelegenheit im Reichstag, dem die Bewilligung zuzusetzen, gemacht werden. Das Kabinett hat unlangst beschlossen, weitere 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Dadurch würde in gleicher Weise Erzeugung wie Verbrauch gefördert.

## Erleichterungen für die sächsischen Landwirte.

Erklärungen des Ministerpräsidenten.

Der sächsische Ministerpräsident Selbsterklärt eine Abordnung der sächsischen Landwirtschaft, daß die sächsische Regierung durchaus die Notlage der Landwirtschaft anerkenne, sich jedoch darauf beschränken müsse, die Wünsche der sächsischen Landwirte der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen. Für die am schwersten betroffenen Landwirtschaftsbetriebe habe die sächsische Regierung von sich aus folgende Erleichterungsmaßnahmen vorgeschlagen: Nichtanziehung der am 1. Januar 1928 fälligen Niederschlagsraten der im Frühjahr 1925 gewährten Saatgut- und Düngemittelkredite. Für das Jahr 1928 sollen für diese Kredite Zinsen nicht gefordert werden. Vom 1. Januar 1928 an soll der Zinssatz für die noch ausstehenden Raten von fünf auf drei Prozent herabgesetzt werden. Ebenso sollen für die im Jahre 1926 gewährten sogenannten Umstellungskredite zur Förderung des vermehrten Futterbaues für das laufende Jahr keine Zinsen gefordert werden. Der Zinssatz wird vom 1. Januar 1929 ebenfalls von fünf auf drei Prozent herabgesetzt.

## Dr. Luther an Ministerpräsident Braun.

Preußens Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Der frühere Reichsanwalt Dr. Luther hat an den preußischen Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, in dem er zu der Frage der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft Stellung nimmt. Er betont, daß er während der drei Viertel Jahre, die vom Tode des Geheimrats Braun bis zu seinem (Luthers) Ausscheiden aus dem Reichsanwaltschaftsverfahren seien, den preußischen Ministerpräsidenten wiederholt gebeten habe, als Nachfolger für Arnold im Verwaltungsrat der Reichsbahn eine Persönlichkeit von politischem und wirtschaftspolitischen Range vorzuschlagen. Die preußische Regierung habe aber kein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Reichsregierung gezeigt, sondern sei dauernd bei dem Vorschlage derselben Persönlich-

keit, eines preußischen Fachbeamten im aktiven Dienst, geblieben. Die Entsendung von aktiven Fachbeamten in den Verwaltungsrat sei aber von der Reichsregierung aus grundsätzlichen Gründen stets abgelehnt worden. Gerade in seiner Eigenschaft als früherer Reichsanwalt könne er seine Aufgabe nicht darin erblicken, durch sein Handeln der Entsendung der Reichsregierung über eine andersartige Zusammensetzung des Verwaltungsrates vorzugreifen.

## Die Arbeitskrise im Saargebiet.

Silberufe an die Reichsregierung.

Die Zentrumspartei des Saargebietes sowie die Zentrumspartei des Saarlandes haben an den Reichsanwalt Dr. Marx, an Generaldirektor Doppenhagen und an die Zentrumspartei des Reichstages Telegramme geschickt, in denen um sofortige Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Entlassungen in der Hüttenindustrie gebeten wird. Gleichzeitig hat auch die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes an Reichsanwalt Dr. Marx ein Telegramm geschickt, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, mit allen Mitteln die angedrohte Entlassung der 4000 Saararbeiter zu verhindern.

Die Generaldirektion der Saargruben, die die Arbeit ausgesetzt, neben den bisher schon abgebauten 7000 Bergarbeitern die Ende Februar weitere 4300 Arbeiter zu entlassen. An dem Zentrumstelegramm an den Reichsanwalt wird darauf hingewiesen, daß die 8500 Tonnen Kohle, die gegenwärtig in jedem Monat nach dem Reich ausgeführt werden, nicht ausreichen, um die Hüttenbetriebe zu verbinden; daß außer beim Vergabebau auch in der Hüttenindustrie Entlassungen bevorstünden, obwohl diese Maßnahmen angelehnt der sofortigen Einführung laienständiger Erzeugnisse nach dem Reich großes Bedauern erregen. Der Reichsanwalt wird gebeten, beschleunigte Maßnahmen zur ausreichenden Lösung des Abflusses der Kohle im Reich und zur Verhütung der drohenden Entlassungen in der Hüttenindustrie vorzunehmen mit Vertretern der Arbeiter und der Bevölkerung anzuordnen.

## Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die künftigen deutsch-russischen Beziehungen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sollen in kurzer Zeit zwei Regierungsvertreter nach Berlin entsandt werden, um Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen. Die Verhandlungen werden zum Ziel haben, die künftigen deutsch-russischen Beziehungen auf Grund der gesammelten Erfahrungen aufzubauen. Es sollen dabei nicht nur die gegenfeitigen Handelsinteressen, sondern auch vermutlich das gesamte politische Verhältnis zur Sprache gelangen.

Ausschüsse über die Finanzgebarung der Städte.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, zur Förderung des Verständnisses in kommunalen Fragen in kurzen regelmäßigen Zwischentreffen (zunächst vierteljährlich) ausführliches statistisches Material zu veröffentlichen, das der Öffentlichkeit ein selbständiges Urteil über die Finanzgebarung der Städte ermöglichen soll. Es ist beabsichtigt, in diesen Veröffentlichungen eingehende Nachweise über den jeweiligen Stand der kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten zu geben. Dabei sollen auch Angaben über die Verwendung der Einnahmehelfer gemacht werden. Darüber hinaus hat der Vorstand des Deutschen Städtebundes beschlossen, gleichfalls in kürzigen Zwischenräumen eine Statistik über die Entwicklung der Steuereinnahmen der Städte aufzustellen.

Keine deutschen Kriegsgefangenen in Rußland mehr.

Ein aus Rußland jetzt zurückgekehrter ehemaliger deutscher Kriegsgefangener namens Stoppel aus Göttingen erklärt, es befinden sich noch etwa 150 deutsche Kriegsgefangene in Sibirien. Fast verfallenen die ausländischen Stellen in Moskau, solche Ergänzungen seien von Anfang bis Ende gefunden. Weber in Sibirien noch sonst überhaupt in der Sowjetunion gebe es noch deutsche Kriegsgefangene. Was einzelne ehemalige Kriegsgefangene anlangt, die sich, wie es auch in mehreren anderen Ländern der Fall war, in der Sowjetunion niederzulassen wünschten, so können solche Personen natürlich falls als Kriegsgefangene betrachtet werden. Von deutschen Behörden sind solche auch nicht gemeldet. Die deutschen Staatsangehörigen, welche zurzeit in Sibirien wohnhaft sind, bleiben dort aus freien Stücken und sind keineswegs als Kriegsgefangene zu bezeichnen. Mit dieser Erklärung dürfte das durch die Ergählung Stoppels entstandene Mißverständnis behoben sein.

Deutsche Versicherungsauflagerung.

Bei den im Februar in Berlin stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei soll zunächst die Einbindung der bei den deutschen Versicherungsgesellschaften in allen Kronen abschließenden Versicherungen geregelt werden. Es eine alte Krone soll einer tschechischen Krone gleichgestellt werden. Markversicherungen sollen nach dem Wunsch der Tschechoslowakei so aufgewertet werden wie Versicherungen im Deutschen Reich.

Spanien.

Primo des Nideras Wilmige für Deutschland. Der spanische Ministerpräsident Primo de Rivera gab zu Ehren des deutschen Vorkämpfers Grafen Wolff, und des deutschen Gesandten, Menchosa, ein Bankett. Primo de Rivera hielt dabei eine Ansprache, in der er betonte, die Feindesbeziehung die aus sich ergebende Verbindung, die Spanien zu Deutschland ebenfalls wie zu Chile unterhält. Einen Zufall von guter Vorbedeutung dürfte man darin erblicken, daß unter den Gästen die in Chile geborenen, die spanisch-deutschen Verbindungen betreffen. Primo de Rivera schloß seine Ansprache mit Wünschen für die Wohlfahrt der beiden Länder und ihrer Staatsoberhäupter. Der deutsche Vorkämpfer brachte einen Toast auf Spanien und seinen König aus.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident empfing den kürzlich in Berlin weilenden österreichischen Justizminister Dr. Dingobier. Berlin. Reichsjustizminister Dr. Stresemann wird seine Urlaubstreife wahrscheinlich erst in der zweiten Februarwoche antreten. Berlin. Der Reichspräsident des Reichstages, Geheimrat Dr. Fischer, hat dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und der Reichstagsfraktion die Mitteilung gemacht, daß er bei der nächsten Reichstagswahl nicht mehr kandidieren werde. Berlin. Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun ist beständig. Er ist auf der Treppe ausgefallen und hat sich einen Hinterkopf zugezogen.

Dresden. Am 1. Februar 1928 wurde das bisherige Sachliche Landesarbeitsamt für Arbeitsvermittlung als Landesarbeitsamt Sachsen in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert. Darmstadt. Die sozialdemokratische Landesorganisation hat beschlossen, die Verhandlungen für Neuwahlbestimmung nur noch auf der Basis der Weimarer Koalition mit Zentrum und Demokraten weiterzuführen.

Saarbrücken. Saarbrücken erster Bürgermeister, Staatspräsident Dr. Karl Becker, vollendete am 31. Januar sein 60. Lebensjahr. Reichspräsident v. Hindenburg, Reichsminister Dr. Marx, preussischer Ministerpräsident Dr. Braun und andere hervorragende Persönlichkeiten schenken Glückwünsche. Mannheim. Der sozialdemokratische Parteigenosse Dr. G. Meierich ist verstorben mit 64 von 81 Jahren zum Oberbürgermeister von Mannheim gewählt.

Mannheim. Die sozialdemokratische Partei der Rheinland- und Pfalz hat die Neuwahl in Speyer mitgeteilt, daß er alle Vorträge des Generals v. Wetow-Sorbad, die mit Bildern angetanzt waren, für das besetzte Gebiet verboten hat. Polen. Hier kam es zu großer Erregung von Erwerbslosen. Polizei zu Pferde und zu Fuß gelang es nach mehrmaligen Vorstößen, die Demonstranten zu zerstreuen.

Paris. Der Vorstand des brennenden Wirtschaftskomitees des Völkerbundes hat geteilt und beschlossen, den Völkerbund um Einberufung der ersten Tagung des Komitees auf den 14. Mai in Genf zu erwidern. Weimarer. Der neue deutsche Vorkämpfer in Washington, Reichsminister v. Brüning, hat dem Präsidenten Coolidge sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Aus der Umgegend

Nebra, 2. Februar.

Von unserer Volksschule. Herr Rektor Sander, der seit 1912 die hiesige Volksschule leitete und als Lehrer an derselben tätig war, übernahm am 1. Februar die Leitung der Volksschule unserer Nachbarstadt Freiburg; seinen Wohnsitz wird er jedoch wegen Wohnungsmangel in seinem neuen Wirkungsort vorläufig noch hier behalten. Mit Herrn Sander verliert Nebra einen Schulleiter und Lehrer, der in langjähriger, rührender Arbeit sich große Verdienste um die ihm anvertrauten Kinder und die Leitung der Schule erworben hat. Seine Verdienste sowohl als auch seine berufliche Tätigkeit und sein freundliches, gefälliges Wesen sichern Herrn Rektor Sander ein bleibendes Andenken. In der letzten Unterrichtsstunde am Dienstag midmete Herr Konrektor Göhlbein, dem bis auf weiteres die Leitung der Schule übertragen worden ist, dem Scheidenden in Gegenwart der Lehrer und Lehrerinnen sowie der Schüler der beiden ersten Klassen herzliche Abschiedsworte, wofür sich Herr Rektor Sander von den Anwesenden mit ebenso herzlichem Worten verabschiedete.

Deffentliche Sitzung der Stadtverordneten

30. Januar d. J. Anwesenheit: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vollständig — Jubelraum überfüllt. 1. Es wurde Kenntnis genommen von der letzten Revision der städt. Kassen durch die Kassenprüfungscommission; b) von der Ermäßigung der Brückengebühr für die Linienbrücke auf 880.— M.— durch die Stromabverwaltung. 2. Wahl des Vizepräsidenten: Vizepräsident, Stolz, Stellvertreter, Haff, Schiffhäuser, Rahl, Stellvertreter. In jedem Wahlgange wurden nur 8 Stimmen abgegeben, da sich eine Parteigruppe an der Abstimmung nicht beteiligte. 3. Als Beisitzer für das Müllabfuhramt wurden einstimmig gewählt: a) seitens der Demokraten: Otto Göhlbein, Walter Buschmütz, Fritz Werner, Hermann Schmidt, Emil Zeigmann, als Stellvertreter: Otto Hoffmann, Otto Heinz, Hermann Fick, Otto Fischer, Hermann Bauer; b) seitens der Mitte: Karl Rosenfeld, Herrn. Häblich, Kurt Scherbert, Franz Janetz, Otto Brattisch, Hugo Krämer; als Stellvertreter: Otto Häblich, Otto Grieger, Aug. Kaulmuller, Wagner, Karl Fröhlich, Albin Contrat. 4. Das Material der von der Gemehrschaft Delas angekauften Parade soll zu einem Wohnbau verwendet werden, falls eine Hauszinssteuerhypothek bzw. eine Kreisbauhilfe dazu gewährt wird. 5. Zur Aufstellung einer Bogenschützensektion wurden behufs Hebung des Fremdenverkehrs 155 M. bewilligt. 6. Es wurde beschlossen, zur Deckung des Defizits in unserer Stadtkasse eine Anleihe von 30000 M. unter günstigen Bedingungen aufzunehmen. 7. Die Beschlußfassung über a) Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, b) Erhöhung der Zuschläge zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage und dem Kapital, c) Einführung der Vierkürer wurde zurückgestellt. An diese beiden letzten Punkte (6 u. 7) knüpfte sich, wie zu erwarten war, eine lange und heftige Debatte. 8. Es wurde, entsprechend dem neuen Gesetz über Eingemeindung der Gutsbezirke, beschlossen, Anträge auf Eingemeindung der an das Stadgebiet grenzenden Gutsbezirke Nebra, Birgitz und Ringitz zu stellen, bezw. den zuständigen Behörden einen Ausweis derselben zu überlassen. Hierauf folgte nichtöffentliche Sitzung. — Landbau. Die Weitzengruppe Nebra vom Deutschen Landbauverband auf nächsten Freitag im Schützenhause Nebra ihr Landbaufest. Nachmittags 2 Uhr beginnen

findet ein Vortrag des durch sein mannhaftes Eintreten für die Belange der Landbevölkerung bekannten Reichstagsabgeordneten Hemer, e. r. — Osterwerda. Am 27. 7. Uhr beginnt, ist Theater mit anschließendem Ball. Gasse find nachmittags sowohl wie abends gern gesehen.

Karpenfischhaus. Im Wittmann'schen Gasthof in Pöhlitz am nächsten Sonnabend ein Karpenfischhaus, zu dem Annehmungen noch angenommen werden. Alljährlich treffen sich gegenseitlich dieser Veranstaltung zahlreich die Geschäftsteile von Nebra mit ihren besten Kunden der Umgegend, knüpfen dabei auch neue Geschäftsverbindungen an.

Koschken. (Glücklicher abgelaufener Unfall.) Der Sohn Actur des Schiffbauers Clausen von hier wollte sich am Sonnabend abend wieder auf den oberhalb der Schleuse liegenden Kahn begeben. Als er die Landstufen erreicht hatte, sprang ihm sein Hund zwischen die Beine und schürzte ins Wasser. Mit großer Mühe gelang es ihm, sich an dem feilen Ufer wieder emporzuarbeiten und den Kahn zu erreichen.

Carlsdorf. Der hiesige Fleischermeister R. fuhr mit seinem mit Schlachtvieh beladenen Wagen wieder der Heimat zu. In der Nähe von Weimern war ein 2—3 Wochen altes Kalb vom Wagen gesprungen und, um sich vor dem Tode durch das Wasser zu retten, durch die hoch angelegte Weidenrinne auf dem jenseitigen Ufer gesprungen. Gewan mit einem Kahn überfließte, war der mutige Schwimmer auf und davon. Bängeres Suchen bei einbrechender Dunkelheit mit Laternen war vergebens. Am anderen Morgen fand das Kalbchen möglichst an seiner Landungsstelle und nach einer toten Jagd durch Wassergräben und überflutete Weiden konnte es mit Hilfe zweier Schäferhunde wieder eingefangen werden. — Bei der am 22. Januar abgehaltenen Verkaufsausschreibung hatten sich viele Bieter eingefunden. Das Höchstgebot betrug 1800 Mark. Doch ist es bis jetzt noch nicht bestimmt, wer den Zuschlag erhält. — Als Steuererheber für die hiesige Gemeinde ist der Cattlemeister Richard Böge gewählt worden. Er tritt am 1. April sein Amt an.

Freunburg. Am Freitag abend zeigte der Maurer Franz Wader jr. seinem Freunde den Mechanismus einer Armeepistole. Da er annahm, daß seine Patrone mehr im Lauf sei, drückte er ab und vor ihm stehende Franz Erbhöfer, aus Weubitz stammend, beim Landwirt Rudolph Fröhlich in Schleuderlage bedient, erhielt die Kugel in den Unterleib, so daß der Magen und die Därme zerrißen und die Kugel zuletzt im Rücken blieb. Öffentlich gelang es der ärztlichen Kunst, den Verletzten, welcher in das Krankenhaus in Naumburg eingeliefert wurde, am Leben zu erhalten.

Buttfeld. Am 12. Februar findet hier der nächste Holz-, Vieh- und Strammart, der erste diesjährige Laubmarkt am 2. Februar statt.

Burgwenden. Am Freitag sollte im Schmiedischen Gasthof des Fräz Wüllerich Land, 124 Morgen am Hirschbach die Felder, auf denen jetzenerzeit der Bohrturm (Mühl) steht, versteigert werden. Der Verkauf verlief ergebnislos, da für den Morgen nur etwa 270 Mark geboten wurden, während der Morgen mit 600 M. veranschlagt war.

Überseherungen. Unter äußerst seltenen, nie wiederkehrenden Bedingungen ist es der Gemeindevverwaltung hier gelungen, ca. 20 Morgen Land, direkt am Orte gelegen, von der ehemaligen Gemeindefisch Heilbrunden zu erwerben. Durch diese besonders günstige Lage der Ländereien dürfte die Gemeinde später, wenn heute wird ja die Sache noch nicht anerkannt, ein sehr gutes Geschäft gemacht haben.

Vorschieben. Am Freitag fand die Verpachtung der hiesigen Wärdarbeiten statt. Der Kirchenrat betonte vor Beginn der Verpachtung, daß das gegenwärtige Angebot gegenüber dem Friedenspachtzins zu erhöhen wolle. Der Friedenspachtzins betrug durchschnittlich 45 Mark. In der Infaktion wurde er umgemandelt in 8 Rentner Weizen pro Morgen. Bei der jetzigen Verpachtung wurden 65 RM. als Taxe festgesetzt. Trotz der hohen Taxe wurden die Gebote bis 87 RM. pro Morgen angeboten.

Jena. Bei Übungen mit dem Segelflugzeug ist am Montag nachmittags am Bindfaden der selbstverletzte Leiter der Jenaer Flugklub, Hiesfeldt, nachdem er bereits drei gelungene Flüge ausgeführt hatte, abgestürzt. Der Pilot erlitt einen Bruch des Halsbeneds und eine Gehirnblutung, so daß er in die Klinik gebracht werden mußte. Das Segelflugzeug wurde zerstört.

Halle, 31. Jan. Hier hob die Polizei ein Verbrechensnetz aus und nahm vier Einbrüche fest, die seit Monaten in der Provinz Sachsen in den verschiedensten Orten durch Einbrüche Geld und große Warenmengen erbeutet hatten. Die Waren, in der Hauptsache Schokolade, Tabak, Haren, Drogen usw., wurden regelmäßig als Schmiergelder nach Halle verbracht, bis die vielen Schmiergelder, nach noch dazu oft in ungewöhnlichen Packungen, der Behörde auffielen. Die Sache geht noch weitere Kreise.

Nordhausen. Vom Schwurgericht Nordhausen war am 30. September vergangenen Jahres der Schlosser Rudolf Friedrich, der am 1. November seine Frau in sabischischer Weise ermordet hatte, wegen Mordes zum Tode verurteilt worden. Der Urteilsvollstreckung wollte aber sein Anwalt nicht bei und aus diesem Grunde wurde Revision eingelegt. Der Reichsanwalt mußte die Aufhebung des Urteils bestritten und der erste Straftat des Reichsgerichts mußte gleichfalls den Mangel als durchschlaunbar ansehen und hob das Urteil, unter Vereinfachung der Sache an die Prokuratur, auf.

Leipzig. Auf der am 4. März beginnenden Frühjahrsmesse wird zum ersten Male der Plan einer Allee am Hauptbahnhof über den Trambahnweg zum Ring-Neßhaus führt, zu einer „Straße der Alleen“ ausgebaut. In der 400 Meter langen und 150 Fuß breiten Allee werden durch Pflanzen aller Breiten Obstgehölze gepflanzt werden, durch Holztafeln, Stoffschilder, Kameleanten und in anderer Form Propaganda für ihre Erzeugnisse in einer Weise zu machen, die die Aufmerksamkeit der Messebesucher erweckt.

Flauen, 31. Jan. Hier steht man noch vollständig unter dem Eindruck der neuen schweren Wut der Heine. Gestern mittig erhielt die Kriminalpolizei die Mitteilung, daß sich seit Sonnabend der Mörder Hein in einer Wohnung im Hause Hammerstraße 43 aufhalte. Darauf begaben sich fünf Beamte zu der Wohnung, um Hein festzunehmen. Dieser zog einen Revolver und erschlug den 43-jährigen Kriminalkommissar Morz Schmidt durch Brustschuß. Der Gendarmerteamte Gindlich aus Rodewitz wurde ebenfalls durch einen Brustschuß so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In der durch die Schüsse entstandenen Verwirrung gelang es dem Mörder abermals zu entkommen. — Das große Interesse betraf sich vor allem darin, daß viele Hunderte von Menschen das in der Kriminalabteilung ausgehängte Bild des Mörders und Postträbers besichtigten. Die umfangreichen Maßnahmen, die im Laufe des gestrigen Nachmittags, während der Nacht und heute vormittag durchgeführt worden sind, haben leider noch nicht dazu geführt, den Verbrecher habhaft zu werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich Hein noch in der Umgegend befindet. Während seines unstillen Lebens hat er meist seine Flücht mit einem Fahrrad bewerkstelligt. Es kann also angenommen werden, daß er alle anderen Transportmittel meidet. Die Annahme, daß sich Hein gestern in einem Kaufmann nach Auerbach befunden habe, trifft nicht zu. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Mannes wurde unter dem Bett, das Hein benutzt hatte, eine Aktentasche gefunden, in der sich noch eine kleinere Tasche befand. In der Aktentasche lagen zwei große Armeepistolen, ein Paket mit hundert Schußmunition, eine feuerlöscherlose Feldflasche, ein Feldstecher, eine Flasche mit ätherischer Säure und ein Dolch. Das Befinden des schwerverletzten Mannes Gindlich ist bedenklich. Die beiden Kugeln sind entfernt worden. Die Schichten des erschossenen Kriminalkommissars Morz sind nicht worden festgestellt. Seine Leiche weist eine große Schußwunde an der rechten Körperseite auf.

Landwirt 15 Fennig ein Menschenleben vernichtet. Der Landwirt Zeffler in Huchsen bei Gumbelstein in Sachsen hatte mit dem 56-jährigen Schäfer Binzger Waldemater in einer Wirtschaft gezüchtet, und der letztere war dem Landwirt 15 Fennig für vier Schuldbüchlein. Zeffler lauerte dem Schäfer auf und schloß ihn nach einigen Schritten tuerkand nieder. Waldemater war sofort tot. Der Mörder wurde verhaftet.

Ein neuartiges Verjüngungsverfahren. Wie aus Wien berichtet wird, soll es dort einem jungen Chirurgen Dr. Karl Doppler gelungen sein, eine neue Verjüngungsmethode zu finden, die mit überaus gutem Erfolg schon in 200 Fällen, bei Frauen wie bei Männern, angewandt worden ist. Die Operation mit Drüsenverpflanzung ist nach der Dopplerschen Methode unnötig geworden. Die neue Erfindung verlangt nur die Anbindung einer Arterie, wobei gewisse Nerven mit einem Wundenpräparat gepulst werden.

60 Schlitten mit Menschen und Pferden ins Meer getrieben. Moskau, 30. Jan. Bei einem Sturm im Moskauer Meer wurden 60 Schlitten mit Menschen und Pferden auf Eisblöcken ins Meer getrieben.

Nach und Fern.

Beim Wasserholen ertrunken. Die 14-jährige Gertrude Seibel fiel auf einem Laubengrundstück der Stadt Berlin in ein 3,35 Meter tiefes Wasserloch und ertrank. Das Mädchen hatte versucht, mit einer Stange einen Eimer Wasser aus dem Loch zu schöpfen.

Gattemord im Auto? Im November vorigen Jahres war auf der Staatsstraße Gößthal—Mylau in Sachsen die Frau des Kraftwagenbesitzers Berger aus Reichenbach bewußtlos aufgefunden worden. Sie verstarb bald darauf. Frau Berger hatte damals mit ihrem Mann und einem 17-jährigen Mädchen eine Autotour unternommen. Jetzt ist gegen Berger und das Mädchen das Untersuchungsverfahren wegen Mordverdachts eingeleitet worden.

Schweres Böhmigfeld. Wie aus Bordenburg berichtet wird, begann ein mit sieben Personen besetzter Boot auf der Weichsel Straße während rasender Fahrt zu springen, geriet in den Straßenbogen und fuhr darauf in einen Schloßkanal vorbei, daß der Fenster mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen wurde und sofort lag. Der nun führerlos gewordene Boot wurde nach 30 Meter abwärts und prallte auf einen Pfeiler auf. Dabei erlitt ein Fahrer so schwere Verletzungen, daß er im Spital von Leoben, wohin er gebracht wurde, verstarb. Zwei Mitfahrer wurden schwerer, die übrigen leichter verletzt.

Für 160 000 Mark Zinsen gestrichen. Der Kaiserlicher der Industriellen Staatsbank in Chicago wurde durch vier Mandate festgehalten und gezwungen, um 7 Uhr morgens den Bankrott zu öffnen. Die Mandate stellten den Kaiserler, stahlen für 160 000 Mark Zinsen und entkamen. Dies ist der dritte Bankrott dieser Art in Chicago innerhalb eines Monats.

Gesandtschaftsbesuch in Kanada. Der Sonderzug, in dem der Präsident des Reiches Friedrichs von den Vereinigten Staaten nach Ottawa reiste, ist 40 Kilometer östlich der kanadischen Hauptstadt entgleist. Der Lokomotivführer und der Beizer wurden getötet. In dem Wagen des Präsidenten wurde niemand verletzt.

Millionen in Gardinen eingetauscht. Bei der Berliner Staatsanwaltschaft wurden kürzlich schwere Anschuldigungen nachgeprüft, die gegen den Nachschaffener Otto S. erhoben wurden. Er war früher Bureauvorsteher in einem Berliner Amtsgericht und gleichzeitig Nachschaffener. Es handelt sich vor allem um drei Fälle, in denen er aus den von ihm verwalteten Nachlässen große Summen unterschlagen haben soll. Er soll etwa drei Millionen in Goldgeld in die Gardinen und Vorhänge seiner Fenster eingetauscht haben. Von diesem Betrag hat der Nachschaffener den Erben angedeutet eine Million in Gold ausgehandelt.

Ein Kessel in die Luft geflogen. In einem Samburger Hause, das in den einzelnen Stockwerken getrennte Warmwasserheizungsanlagen hat, platzte in einem großen Zimmer die Heizungsanlage. Der Kessel flog bis auf die andere Seite des großen Raumes und rief einen Teil der Wand um, an der er befestigt gewesen war. Drei Personen wurden verletzt, und über zwei von ihnen so schwer, daß sie in eine Klinik gebracht werden mußten.

Bunte Tageschronik

Innsbruck. Auf Grund einer Anzeige des gegenwärtigen Gemeinderats von Innsbruck verfiel die Landratskammer die Verhaftung des Präsidenten der Jagdschützen A. G. Dr. Herrn des Altkameralters von Reutte, Dr. Schreier, und des Kameralters des Dr. Herrn, Silberberg Reutte.

Angara. Seit dem 20. Januar werden Verhaftungen zwischen den radiotelegraphischen Stationen Angara und Tcheran mit Erfolg ausgetauscht.

Salvador. Bei einem Brande in einem Kohlenbergwerk in Salvador sind 35 Personen erstickt.

Bergmanns Eyer in Schellen. Gestern. Der Millionenbank des Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses zieht auch nach Dresden und Solingen seine Straße. Die 300 000 Mark Kapital sind auf dem Wege über die schlesische Pforte dem Berliner Hauptbanke anvertraut worden.

2000 Geschädigte des Lombardschwunders. Frau Bergmanns Verhaftung. Unter dem Verdacht, an den Schwindelmannern des Berliner Lombardhauses in der Passage beteiligt zu sein, wurde die Gattin des Geschäftsinhabers, Frau Charlotte Bergmann, verhaftet.

Verbreitete Zeichen zur Straft. Frau Bergmann fuhr sofort mit der Bahn nach Berlin zurück, ludte aber ihre Wohnung in Friedrichshagen nicht auf, sondern wohnte in einem Hotel, das einem Verwandten Bergmanns gehört.

Über den Verbleib der großen Summen, die dem Lombardhaus übergeben worden sind, hat man bisher noch nichts Genaues feststellen können.

Heimintentionen. befehlen, denn unmöglich können alle Neueinzahlungen für den Zinsendienst verwendet werden sein.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz. Die Ergebnisse. Die Neuwahlen zum Landtag in Mecklenburg-Strelitz erfolgten am Sonntag unter hoher Beteiligung.

Die vorläufige Zählung ergab folgende Ziffern: Sozialdemokratische Partei 19 264 (vorher 15 306 Stimmen), 13 (vorher 12) Mandate; Verband der Haus- und Grundbesitzerparteien 1533 (1569), 1 (1); Kommunische Partei 3564 (4172), 3 (3); Verband für Landwesen und Gewerbe 5172 (4615), 4 (4); Deutschnationale Volkspartei 10 606 (10 415), 8 (10); Anwerbungs- u. Volksrechtspartei 1886 (-), 1 (-); Deutsche Volkspartei 1825 (2031), 1 (1); Vereinigte Erbkücher, Wäbner und Säusler 144 (-), 1 (-); Deutschnationale Freiheitsbewegung 1960 (2294),

1 (1); Bund der Kleinlandwirte 665 (1765), 0 (1); Dorf- und 559 (-), 0 (-); Demokratische Partei 2302 (3052), 2 (2); Deutsche Reformpartei 128 (-), 0 (-).

Verständigung zwischen Deutschland und Litauen.

Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen sind nach mehrwöchigen Beratungen in Berlin nunmehr zum Abschluss gekommen. Über ihr Ergebnis wurde eine amtliche Verlautbarung ausgeben, in der festgestellt wird, daß ein allgemeiner Schiedsgericht- und Vergleichsvertrag von Deutschland und Litauen bereits unterzeichnet worden ist.

Schwere Autounfälle.

Ein Gerauer Auto, das von Dierrenbersdorf kam, geriet - vermutlich infolge zu starken Bremsens - auf der verkehrten Straße in den Graben und überschlug sich ins Leere, fuhr gegen einen Baum, überschlug sich und stürzte in den Straßengraben.

Auf der Straße von Mariakum nach Wittgenrin bei Eger fuhre ein Auto in vollem Fahrt in einen Straßengraben, überschlug sich und gab die sechs Insassen unter sich. Ein Sobal wurde auf der Stelle getötet, zwei Mädchen und drei Männer erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen.

Bei Stopenhagen brach ein Kraftwagen aus dem Eise ein und die beiden Passagiere, eine Frau aus Karlskrona und ihre drei Jahre alte Tochter, erlitten.

Urlaub aus dem Paradies.

Mit Gessern hin in den letzten Tagen in der Tischschloßzeit und in Ehrerich mehrwöchige Dinge passiert. In dem Tischschloßzeitlichen Bereich erkrankte bei einer älteren Dame ein jüngerer Mann, um ihr mitzuteilen, daß er geradezu aus dem Paradies komme.

Er sei zusammen mit ihrem Sohne im Weltkrieg gefallen und sie führten drüben im Jenseits ein herrliches Leben. Er aber habe es trotzdem vor Sehnsucht nach seiner noch auf Erden weilenden Verwandtschaft nicht auszuhalten können und habe daher kurzerhand Urlaub genommen.

Die ältere Dame befragte sofort die erforderlichen 300 Kronen und wartet nun auf den Sohn, der aus dem Jenseits kommen soll. In Sadowa in Ehrerich aber fand es dem Gessern weniger auf Vergeltung als auf Lebensmittel an. Sie scheinen drüben im Jenseits doch nicht ganz lo zu gut zu leben, wie das der Dame von Korinna bargeleut wurde.

Die ältere Dame befragte sofort die erforderlichen 300 Kronen und wartet nun auf den Sohn, der aus dem Jenseits kommen soll. In Sadowa in Ehrerich aber fand es dem Gessern weniger auf Vergeltung als auf Lebensmittel an.

Börse und Handel.

Amliche Berliner Notierungen vom 31. Januar. \* Produktenergebnis. Der Markt zeigte in noch höherem Grade als bisher marte Haltung, die sich besonders beim Weizen zum Ausdruck brachte.

der hoffentlichste Klagen, für den die Forderungen weiter nachschleppen werden, aber unangenehm, weil unangenehm die Situation und der allseitig mangelnde Unerfüllungslust, besonders der März, zu Abgaben führt.

Table with 4 columns: Weiz, märz, Rogg, märz, Weisse Weiz, märz, Weisse Weiz, märz. Rows include prices for various grain types and quantities.

□ Aufhebung der Pöskvia im Verkehr mit der Tischschloßzeit? Im Prager Parlament wird in den nächsten Tagen über das Gesetz zum Schutz des Arbeitsmarktes in der Tischschloßzeit abgehandelt werden.

Die Tischschloßzeit-Einstellung (21. Januar). Eine Vereinigung der Freunde von Hermann Köss und seinem Werk, das die Anden an den Dichter führt durch weiteste Verbreitung seiner Schriften und durch Förderung von jungen Dichtern, die bei voller Beachtung ihrer eigenen Persönlichkeit in die deutsche Volkstiergartenarbeiten zu schaffen verdrängen.

Die Tischschloßzeit-Einstellung wurde im Jahre 1924 genehmigt, sie vollendet demnach das 4. Geschäftsjahr.

Die Tischschloßzeit-Einstellung wurde im Jahre 1924 genehmigt, sie vollendet demnach das 4. Geschäftsjahr. Ihre Mitgliedschaft, aus allen Kreisen und Lagern zusammengefasst, ist über das gesamte deutsche Sprachgebiet verbreitet.

Es sollte daher jeder Mitglied der Tischschloßzeit-Einstellung werden, der ein Interesse an einer breiten deutschen Literatur hat und uns im Kampfe gegen die Hebervermittlung besonders durch angeschuldete und romanistische Gelehrte, die zur Entwertung unserer eigenen Kraft führen, helfen will.

Die Tischschloßzeit-Einstellung wurde im Jahre 1924 genehmigt, sie vollendet demnach das 4. Geschäftsjahr. Ihre Mitgliedschaft, aus allen Kreisen und Lagern zusammengefasst, ist über das gesamte deutsche Sprachgebiet verbreitet.

Die Tischschloßzeit-Einstellung wurde im Jahre 1924 genehmigt, sie vollendet demnach das 4. Geschäftsjahr. Ihre Mitgliedschaft, aus allen Kreisen und Lagern zusammengefasst, ist über das gesamte deutsche Sprachgebiet verbreitet.



Sohr der Knecht

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

Die beiden saßen hier. Der Mann stand die Wammler, der Handjörg lächelnd zugewandt. „Denken Sie sich - Sohr will heiraten“, sagte Voigt. „Glauben Sie das?“ fragte Fräulein Kerst. „Wenn es kein Bulenfreund laut, wird es schon stimmen. Dem Kerst trau ich alle Schlichkeiten ab.“

„Er hat Ihnen wohl von seinen Vätern gesprochen?“ „Mir? Wann denn?“ „Sie sitzen oft mit ihm auf der Nußbaumbank.“ „Die liebste Wammler! Sie sind beiden Hofmeister mit dem Zeigefinger an die Nase und lachte über die Geschichten.“ „Muss ich nicht, mein lieber Herr Hofmeister, wo Sie dazu leider nie Zeit haben.“

„Schon richtig, gnädige Frau, aber zu leicht, viel zu leicht. In einem Jahre hat er sie schon gearbeitet. Er ist doch die Tiere zu wenig.“ „Dann müßte Sie anders disponieren, Herr Hofmeister, mein Schwager behauptet, Sohr führe vorzüglich und zweckmäßig.“ „Mag sein, wenn er unter Kontrolle fährt. Siehst du überlassen, ist er weniger gewissenhaft.“

(Fortsetzung folgt.)



# Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerlands Buchdruckerei, Koblentz.

Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigenkosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:

Stadtsparkasse Neuba — Banverein Artlen.

Nr 14

Donnerstag, den 2. Februar 1928

41. Jahrgang

## Das Handwerk lebt!

Volkswirtschaftliche Theorien haben vor allem das eine an sich, höchstens ein Körnchen Wahrheit zu enthalten, meist aber durch die Praxis widerlegt zu werden. Lange hat es als eine so „unumstößliche“ Wahrheit gegolten, daß die Großbetriebe in der Güterverteilung die kleinen Betriebe allmählich, aber unaufhaltsam „aufzueßen“ würden. Das hat sich aber längst als ein großer Irrtum herausgestellt. Nicht bloß der kleinere und mittlere Kaufmann, dem auch jetzt noch ein außerordentlich großer Teil der Güterverteilung obliegt, hat sich als lebensfähig und lebenswichtig erwiesen, sondern das gilt auch ebenso von den Kleinbetrieben in der Gütererzeugung, dem Handwerk. Unverkennbar bleibt der Entschluß der großen Tagung des Einzelhandels in Berlin, weil er der Mahnung des Reichswirtschaftsministers Folge leistete, die Aufbesserung der Beamtengehälter nicht zu einer allgemeinen, ihn selbst schädigenden Preiserhöhung auszunutzen. Gewaltig noch auch die jegliche Forderung des Mittelschichtigen Handwerkerbundes in Magdeburg in Form eines „Abends des Handwerks“. Diese Form soll aber nicht eine übliche Nebenbedeutung haben, ein Verdienstlose, ein Mißverhältnis darstellen, sondern eben, überflüssig waren die Verarmungen und auch dort sprach Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Die Reichsversammlung hat in ihrem Artikel 164 ausdrücklich vorgehoben, daß der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel durch Beförderung und Verwaltung zu fördern, gegen Überlastung und Auslastung zu schützen sei. Vielfach aber ist diese Vorschrift der Reichsversammlung auf dem Papier stehen geblieben. Minister Dr. Curtius erkannte in seinen Ausführungen an, daß die Klagen über die allzu drückenden Steuerlasten und die hohen Sozialabgaben gerade im Handwerk überaus berechtigt sind, — aber dieses Zugeständnis soll doch nur der erste Schritt zu einem Besseren sein. Das Steuervereinfachungsgesetz, dessen Entwurf dem Reichstag vorliegt, soll in vor allem der maßlosen Erhöhung der Realsteuern Grenzen setzen, ein Normalsteuersatz soll geschaffen werden, dessen Überschreitung an zunehmende Garantien für die Nachprüfung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Gemeindegabern geknüpft werden. Man darf nur hoffen, daß diese Vorarbeiten baldmöglichst durchgeführt wird.

Der Minister sprach von Sparmaßnahmen und Verwaltungsreform, — auch hier erst Anfangs, Pläne, noch nicht entscheidende Arbeit! Er sprach von einer bevorstehenden Zollsenkung für Rohstoffe und Halbfabrikate, was ja für das Handwerk zweifellos von Bedeutung wäre. Bekanntlich steht Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf dem Standpunkt, Deutschland, als ein Land, dessen wirtschaftliche Stärke in der Verarbeitung von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu Fertigerzeugnissen gesehen ist und bleiben muß, habe größtes Interesse daran, den Bezug der ausländischen Rohstoffe nicht durch Zölle zu verteuern. Aber auf der anderen Seite steht wieder die Notwendigkeit des Schutzes der heimischen Produktion, sind dabei die grundsätzlichen Kämpfe um den Zolltarif keineswegs leicht zu nehmen.

Dr. Curtius vermag in der sozialpolitischen Behandlung auch des Handwerks irgendeine Erleichterung nicht zu versprechen, wohl aber eine Einschränkung der ausgedehnten privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand, nicht zuletzt bei den Bergbau, und bei anderen das mittelständliche Gewerbe bedrohenden Einrichtungen anzudeuten. Das ist Hilfe von außen her, Hilfe, die das Handwerk als bedeutsamer volkswirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Faktor verlangen kann.

Das wird ergänzt durch eine Stärkung von innen her. Der Minister erinnert an das Berufsausübungsrecht, das den Nachkommen im Handwerk regeln wird, und er verweist auf die Handwerkerkammer, die endlich feste Richtlinien für das handwerkliche Organisationswesen schaffen soll. Immer noch besteht die Gewerbeordnung von 1869 zu Recht, die unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen geschaffen worden war. „Diese moderne Handwerkermodelle nun“, so schließt der Minister, „müßte dazu dienen, das Handwerk weiter zu stärken und zu befestigen, damit es in der deutschen Volkswirtschaft vollberechtigt die Stelle einnimmt, die es nach seinem Anteil am Produktionsprozeß und nach der Zahl der Volksgenossen, die in ihm ihre Existenz finden, verdient und die es nach der ihm innewohnenden Lebenskraft einnehmen auch in der Lage ist.“

Verprechungen, Zusagen, Verheißungen — das Handwerk darf verlangen, daß daraus auch Taten werden, baldige Taten.

## Geldmittel für Bahnarbeiten.

Zunächst 100 Millionen.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bedarf, wie sie mittels, zur Deckung ihrer Kapitalausgaben größerer Geldmittel. Da zuerst eine Auslandsanleihe für sie nicht in Frage kommt, das Interesse der Bahn sowohl wie der Wirtschaft eine Versteigerung oder gar weitere Verminderung der geplanten Arbeiten aber nicht verträglich wird eine unter der Führung der Reichsbank stehende Bankengruppe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die zur Durchführung dieses Beschaffungsprogramms erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Die Bankengruppe übernimmt zunächst 100 Millionen Anteilscheine der Reichsbank über Vorzugsaktien Serie 5 der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ohne Rückdividenden für 1927, im übrigen genau wie die Anteilscheine über Vorzugsaktien der Serie 4 auszustatten, und legt diese baldigst zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 93 1/2 Prozent auf, Gleichzeitig haben sich die Banken verpflichtet, innerhalb der nächsten Monate nach ihrer Wahl entweder weitere 100 Millionen Anteile über Vorzugsaktien oder 100 Millionen Aktienprozentige Staatsanleihe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit dreifähriger Laufzeit fest zu übernehmen.

## Garantie des Reiches.

Wie bei der im Jahre 1926 erfolgten Ausgabe von Anteilscheinen der Reichsbank über Vorzugsaktien, ist auch für die neue Ausgabe eine Garantie des Reiches für eine lebensprozentige Vorzugsdividende vorgesehen. Darüber hinaus erhalten besamlich die Inhaber der Vorzugsaktien noch eine Zulagsdividende, wenn auf die Stammaktien eine Dividende verteilt wird. Im Falle der Ausgabe von lebensprozentigen Staatsanleihen ist deren Umtausch in Anteile vorgesehen. Ein weiterer Betrag von 25 Millionen Anteilscheinen, der vorläufig gespart ist, wird zur anderweitigen Verfügung der Reichsbank von dieser zurückgehalten.

## Gesundheitsstand des deutschen Volkes.

Denkschrift der Reichsregierung. Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1926 zugehen lassen. Die Denkschrift stellt zusammenfassend fest, daß sich gegenwärtig, gemessen nicht nur an den Verhältnissen, sondern auch an der Vorkriegszeit, ein im allgemeinen befriedigender Gesundheitszustand des deutschen Volkes ergibt. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung kann wieder als im allgemeinen befriedigend bezeichnet werden. Die Denkschrift gibt dann auch einen vorläufigen Überblick für das Jahr 1927, wo der gleiche allgemeine günstige Gesamteindruck festgehalten werden könne. Allerdings sei der Gesundheitsrückgang erneut fortgeschritten.

## Die landwirtschaftlichen Kredite.

Nützlich für Erzeuger und Verbraucher. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärt, daß das Kabinett bereit wäre, 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen zum Zwecke der Regenerierung des Inlandsmarktes für Vieh und Geflügel. Mitteilungen sollen bei der Behandlung der Angelegenheit im Reichstag, dem die Bewilligung zuzusetz gemacht werden. Das Kabinett hat insofern beschlossen, weitere 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Dadurch würde in gleicher Weise Erzeugung wie Verbrauch gefördert.

## Erleichterungen für die sächsischen Landwirte.

Erklärungen des Ministerpräsidenten. Der sächsische Ministerpräsident Heßler erklärte einer Abordnung der sächsischen Landwirtschaft, daß die sächsische Regierung durchaus die Notlage der Landwirtschaft anerkenne, sich jedoch darauf beschränken müsse, die Wünsche der sächsischen Landwirte der Reichsregierung zu übermitteln. Sie dürfe am schwersten an die sächsische Regierungsmehrheit am 1. Januar im Frühjahr 1925 Kredite. Für das Jahr 1927 ist der Zinssatz für diese Kredite auf drei Prozent festgesetzt. Die im Jahre 1926 die zur Förderung laufende Zahl keine ist auf drei Prozent herabgesetzt.

## Ident Braun.

Ident Braun, Mitglied der Reichsbahn, hat an den Reichsbahnpräsidenten ein Schreiben mit der Bitte um Unterstützung der Reichsbahn-Gesellschaft zu schreiben. Ident Braun ist bis zum 1. März 1928 Reichsbahnpräsident. Er hat an den Reichsbahnpräsidenten ein Schreiben mit der Bitte um Unterstützung der Reichsbahn-Gesellschaft zu schreiben. Ident Braun ist bis zum 1. März 1928 Reichsbahnpräsident. Er hat an den Reichsbahnpräsidenten ein Schreiben mit der Bitte um Unterstützung der Reichsbahn-Gesellschaft zu schreiben.

leit, eines preussischen Fachbeamten im aktiven Dienst, geblieben. Die Entsendung von aktiven Fachbeamten in den Verwaltungsrat sei aber von der Reichsregierung aus grundsätzlichen Gründen stets abgelehnt worden. Gerade in seiner Eigenschaft als früherer Reichsanwalt könne er seine Aufgabe nicht darin erblicken, durch sein Handeln der Entscheidung der Reichsregierung über eine anderartige Zusammenfassung des Verwaltungsrates vorzugreifen.

## Die Arbeitskrise im Saargebiet.

Sifferau an die Reichsregierung. Die Zentrumspartei des Saargebietes sowie die Zentrumspartei des Westens haben an den Reichsanwalt Dr. Marx, an Generaldirektor Düppel und an die Zentrumspartei des Reichstages Telegramme geschickt, in denen um sofortige Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Entlassungen in der Hüttenindustrie gebeten wird. Gleichzeitig hat auch die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes an Reichsanwalt Dr. Marx ein Telegramm geschickt, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, mit allen Mitteln die angebotene Entlassung der 4000 Saarbergleute zu verhindern.

Die Generaldirektion der Saargruben hat die Abfuhr von Saargruben, neben den bisher schon abgebauten 7000 Bergleuten bis Ende Februar weitere 450 Arbeiter zu entlassen. Zu dem Zentrumstelegramm an den Reichsanwalt wird darauf hingewiesen, daß die 85000 Tonnen Kohle, die gegenwärtig in jedem Monat nach dem Reich ausgeführt werden, nicht ausreichen, um die Hüttenindustrie zu verhindern, daß außer beim Bergbau der dortigen Hüttenindustrie Entlassungen bevorzugen, obwohl diese Maßnahmen angesichts der zollfreien Einfuhr ausländischer Erzeugnisse nach dem Reich großes Bedauern erregen. Der Reichsanwalt wird gebeten, beschleunigte Maßnahmen zur ausreichenden Bedienung des Abwages der Saarhohe im Reich und zur Verhütung der drohenden Entlassungen in der Hüttenindustrie sowie Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiter und der Hüttenverwaltung anzuordnen.

## Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die künftigen deutsch-russischen Beziehungen. Wie aus Moskau gemeldet wird, sollen in kurzer Zeit zwei Verhandlungsvertreter nach Berlin entsandt werden, um Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen. Die Verhandlungen werden zum Ziel haben, die künftigen deutsch-russischen Beziehungen auf Grund der gesammelten Erfahrungen aufzubauen. Es sollen dabei nicht nur die gegenseitigen Handelsinteressen, sondern auch vermuthlich das gesamte politische Verhältnis zur Sprache gelangen.

Ausschüsse über die Finanzregierung der Städte.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, zur Förderung des Verständnisses in kommunalen Fragen in kurzen regelmäßigen Zwischenräumen (zunächst vierteljährlich) ausführliches statistisches Material zu veröffentlichen, das der Öffentlichkeit ein selbständiges Urteil über die Finanzverwaltung der Städte ermöglichen soll. Es ist beabsichtigt, in diesen Veröffentlichungen eingehende Nachweise über den jeweiligen Stand der kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeit zu geben. Dabei sollen auch Angaben über die Verwendung der Anteilsmittel gemacht werden. Darüber hinaus hat der Vorstand des Deutschen Städtebundes beschlossen, gleichfalls in kürzeren Zeitabständen eine Statistik über die Entwicklung der Steuereinnahmen der Städte aufzustellen.

Keine deutschen Kriegsgefangenen in Rußland mehr.

Ein aus Rußland jetzt zurückgekehrter ehemaliger deutscher Kriegsgefangener namens Stoppel aus Gelfow hat erklärt, es befänden sich noch etwa 150 deutsche Kriegsgefangene in Sibirien. Jetzt verfallenden die zurückbliebenen Stellen in Moskau, solche Gefangenen seien von Anfang bis Ende erstanden. Weder in Sibirien noch sonst überhaupt in der Sowjetunion gebe es noch deutsche Kriegsgefangene. Was einzelne ehemalige Kriegsgefangene anlangt, die sich, wie es auch in mehreren anderen Ländern der Fall war, in der Sowjetunion niederzulassen wünschten, so können solche Personen natürlich keinesfalls als Kriegsgefangene betrachtet werden. Von deutschen Behörden sind solche auch nicht gemeldet. Die deutschen Staatsangehörigen, welche zurzeit in Sibirien wohnhaft sind, bleiben dort aus freien Stücken und sind keineswegs als Kriegsgefangene zu bezeichnen. Mit dieser Erklärung dürfte das durch die Erzählung Stoppels entstandene Mißverständnis beseitigt sein.

Deutsche Versicherungsauflagerung.

Bei den im Februar in Berlin stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei soll zunächst die Einlösung der bei den deutschen Versicherungsgeellschaften in allen Provinzen abgeschlossenen Versicherungen geregelt werden. So eine alte Krone soll einer tschechischen Krone gleichgesetzt werden. Markveränderungen sollen nach dem Wunsch der Tschechoslowakei so aufgewertet werden wie Versicherungen im Deutschen Reich.

